



FEMNET

INKOTA

hej!support
health · environment · justice



Ende und Neubeginn – was bleibt von den Zielen des Textilbündnisses?

Unter dem Eindruck des Fabrikeinsturzes von Rana Plaza wurde 2014 das Bündnis für nachhaltige Textilien (Textilbündnis) als Multiakteurs-Partnerschaft aus Bundesregierung, Wirtschaft, Standardorganisationen, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft gegründet. Ziel war es, die Arbeitsbedingungen in den Zulieferbetrieben deutscher Bekleidungsunternehmen zu verbessern und Umweltschäden zu reduzieren. Anfang 2026 wurde das Textilbündnis in das neue Format „Dialogue and Impact for Sustainable Textiles (DST)“ überführt. Dies ist ein guter Zeitpunkt, Bilanz zu ziehen und Erwartungen an die neue Initiative zu formulieren.

Aus Sicht der Zivilgesellschaft im Textilbündnis fällt die Bilanz ernüchternd aus. Trotz einzelner struktureller Fortschritte hat das Bündnis sein zentrales Ziel, die Arbeits- und Umweltbedingungen entlang globaler Lieferketten nachhaltig zu verbessern, verfehlt. Dies zeigt sich auch daran, dass es bis heute keine nachweislichen Verbesserungen bei existenzsichernden Löhnen für Arbeiter*innen gibt und auch in zentralen Themenfeldern wie Gewerkschaftsfreiheit, geschlechtsspezifischer Gewalt, Chemikalienmanagement oder Klimaschutz messbare Fortschritte weitgehend ausbleiben. Ausschlaggebend waren mehrere Faktoren: Die Mitgliedsunternehmen änderten ihre Einkaufspraktiken nicht grundlegend, und nur etwa die Hälfte der deutschen Textilwirtschaft beteiligte sich überhaupt am Bündnis. Zudem zogen sich Unternehmen zurück, sobald mehr Transparenz oder weitergehende Anforderungen debattiert wurden. Nach Einschätzung der Zivilgesellschaft können Initiativen wie das Textilbündnis nur dann wirksam sein, wenn sie auf verbindlichen gesetzlichen Vorgaben aufbauen. Fehlt dieser Rahmen, bleibt ihre strukturelle Durchsetzungskraft begrenzt. Ebenfalls kritisch ist, dass die Unternehmen nie bereit waren, die Governance-Strukturen des Textilbündnisses durch Mitgliedsbeiträge mitzutragen.

Nur begrenzter Fortschritt bei Review

Der Reviewprozess entwickelte sich nicht zu dem wirkungsvollen Instrument, das er sein könnte. Erst der neue Review-Prozess ab 2021 führte zu einer substanziellen, OECD-konformen Prüfung. Dieser Fortschritt wurde jedoch relativiert, als große Unternehmen nach Inkrafttreten des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) ihre LkSG- und Grüner Knopf-Berichte statt der Reviewberichte einreichen durften – beide haben ein weniger umfassendes Format, bei welchem vor allem auch Umweltaspekte nicht mehr abgedeckt waren. Aus Sicht der Zivilgesellschaft bedeutete dies eine Absenkung des Anspruchsniveaus.

Transparenz als Erfolgsfaktor

Mit der Neustrukturierung des Textilbündnisses 2022/23 verbanden die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen vorsichtigen Optimismus, aber auch deutliche Skepsis. Positiv waren die Veröffentlichung der aggregierten Lieferantenliste, zu der alle Mitgliedsunternehmen beitragen mussten, sowie die Verpflichtung aller Unternehmen, sich künftig in einem Produktionsland aktiv zu engagieren. Auch die Einführung von Key Performance Indicators (KPIs) war grundsätzlich ein positiver Schritt. Doch die KPIs blieben oftmals zu unverbindlich, enthielten keine Zeitziele und ließen so

keine konkrete Messung von Fortschritten zu. Gleichzeitig wurden aber zahlreiche wichtige Themen – darunter Zwangsarbeit, Korruption sowie nachhaltige Fasern – aus dem Fokus des Bündnisses gestrichen. Damit entfernte sich das Bündnis aus Sicht der Zivilgesellschaft von einem umfassenden Sorgfaltspflichtenansatz. Der Widerstand vieler Unternehmensvertreter*innen gegen KPIs und gegen mehr Transparenz zeigt aus Sicht der NGOs, dass zentrale Akteur*innen noch immer nicht bereit sind, die für echte Veränderungen notwendigen Schritte zu gehen. Mit der Überführung des Textilbündnisses in das DST fallen nun sämtliche Berichtspflichten über die KPIs weg und auch die Veröffentlichung der aggregierten Lieferantenliste ist nun vom Tisch.

Keine Handlungsfähigkeit in akuten Krisen

Dass das Bündnis auch in akuten Menschenrechtskrisen nicht handlungsfähig war, zeigte sich unter anderem während der COVID19-Krise und 2023 bei den Protesten von Arbeiter*innen in Bangladesch im Zuge der Lohnerhöhung, die massiver Repression ausgesetzt waren. In beiden Fällen gelang es dem Bündnis nicht, eine gemeinsame Position aller Mitgliedsunternehmen zu erreichen und bspw. mittels Briefes an die Regierung in Bangladesch klar Stellung für Arbeiter*innen zu beziehen. Auch beim Thema Zwangsarbeit in Turkmenistan blieb eine deutliche Positionierung aus. Aus Sicht der Zivilgesellschaft wurden hier wichtige Chancen verpasst, klare Signale gegen schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen zu setzen.

Bündnisinitiativen und Projekte

Trotz der genannten Lücken hat das Textilbündnis in den vergangenen Jahren zahlreiche Bündnisinitiativen und Projekte in Produktionsländern angestoßen, die teilweise wichtige Impulse gesetzt und punktuell konkrete Verbesserungen erreicht haben. Allerdings blieben viele dieser Initiativen zeitlich und finanziell zu begrenzt, um strukturelle Veränderungen zu bewirken oder erfolgreiche Ansätze in die Breite zu tragen. Der ursprüngliche Anspruch, in Pilotprojekten wirksame Modelle zu entwickeln, die anschließend von vielen Unternehmen übernommen werden, wurde nur selten erreicht.

Aus all diesen Gründen sieht die Zivilgesellschaft im Textilbündnis trotz positiver Impulse und einzelner Reformschritte kaum Wirkung vor Ort durch die Arbeit des Textilbündnisses. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Arbeiter*innen in den globalen Lieferketten haben sich nicht erkennbar verbessert. Gleichzeitig hat das Bündnis über viele Jahre einen kontinuierlichen Austausch zwischen Wirtschaft, Politik, Standardorganisationen und Zivilgesellschaft ermöglicht – ein Dialogformat, das auch in Zukunft eine wichtige Grundlage für gemeinsame Lernprozesse und Fortschritte bleiben kann.

Die neue Dialogplattform – Erwartungen an das DST

Mit der Transformation des Textilbündnisses in das neue Format „Dialogue and Impact for Sustainable Textiles (DST)“ beginnt eine neue Phase der Zusammenarbeit. Diese Reform erfolgt nach mehreren Jahren intensiver Strukturdebatten und in einer Phase, in der die finanziellen Mittel des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) deutlich reduziert wurden. Umso wichtiger ist es, dass die Erfahrungen aus mehr als zehn Jahren Textilbündnis konsequent genutzt und bestehende Schwächen nicht fortgeführt werden.

Eine der wichtigsten Stärken des bisherigen Bündnisses war der kontinuierliche Austausch zwischen Unternehmen, Politik, Standardorganisationen und Zivilgesellschaft. Dieser Dialog darf im

neuen Format nicht verloren gehen. Gleichzeitig muss das DST deutlich stärker als bisher sicherstellen, dass aus Dialog konkrete Verbesserungen in den Produktionsländern entstehen. Dialog allein verbessert noch keine Arbeitsbedingungen – entscheidend ist, ob Unternehmen bereit sind, ihr eigenes Handeln zu verändern und Projekte finanziell und politisch zu unterstützen.

Transparenz muss im DST eine zentrale Rolle spielen. Dazu gehört insbesondere, dass Mitgliedsunternehmen weiterhin ihre Lieferketten offenlegen, beispielsweise durch die Veröffentlichung ihrer Lieferanten im Open Supply Hub – mindestens in aggregierter Form, wie es zuletzt im Textilbündnis verpflichtend war. Transparenz über Lieferketten, Risiken, Maßnahmen und Fortschritte ist eine zentrale Voraussetzung für Glaubwürdigkeit, Lernen und Rechenschaft.

Positiv ist, dass im DST die stärkere Einbindung von Rechteinhaber*innen, lokalen Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen aus den Produktionsländern vorgesehen ist. Entscheidend wird jedoch sein, diese Beteiligung strukturell zu verankern, finanziell abzusichern und Rechteinhaber*innen nicht nur punktuell zu konsultieren, sondern sie auch an der Entwicklung von Projekten, Prioritäten und Bewertungsmechanismen zu beteiligen. Wenn das DST Wirkung vor Ort entfalten soll, müssen die Perspektiven derjenigen, die von den Produktionsbedingungen betroffen sind, systematisch einbezogen werden.

Der Erfolg des DST wird maßgeblich davon abhängen, wie viele Unternehmen sich aktiv beteiligen – und ob sie bereit sind, über Dialog hinaus konkrete Veränderungen umzusetzen. Nicht die Mitgliedschaft allein ist entscheidend, sondern die tatsächliche Mitarbeit in Projekten, die Anpassung von Einkaufspraktiken, die Unterstützung existenzsichernder Löhne, die Stärkung von Beschwerdemechanismen, Maßnahmen gegen geschlechtsspezifische Gewalt sowie wirksame Umwelt- und Klimamaßnahmen. Unternehmen haben den größten Hebel für Verbesserungen in den Lieferketten und stehen daher in besonderer Verantwortung.

Gerade in einer Zeit, in der gesetzliche Sorgfaltspflichten auf nationaler und europäischer Ebene politisch unter Druck geraten, braucht es zusätzlich Initiativen zur Umsetzung menschenrechtlicher und umweltbezogener Sorgfaltspflichten mehr denn je. Solche Initiativen können jedoch nur dann Wirkung entfalten, wenn sie ambitioniert, transparent und verbindlich ausgestaltet sind und von einer ausreichenden Zahl von Unternehmen aktiv getragen werden.

Aus Sicht der Zivilgesellschaft sollte das DST daher folgende zentrale Voraussetzungen erfüllen:

- **Verbindliche Transparenz:** Mitgliedsunternehmen sollten weiterhin verpflichtet sein, ihre Lieferantenstrukturen offenzulegen, am besten auf der eigenen Webseite, zumindest aber durch die Veröffentlichung im Open Supply Hub.
- **Messbare Ziele und Fortschritte:** Projekte und Initiativen im Rahmen des DST müssen klare Ziele, Zeitpläne und Indikatoren enthalten, damit Fortschritte tatsächlich messbar werden.
- **Verbindliche Beteiligung von Rechteinhaber*innen:** Lokale Gewerkschaften, Arbeiter*innenvertretungen und zivilgesellschaftliche Organisationen aus den Produktionsländern und in Deutschland müssen strukturell eingebunden und ihre Beteiligung finanziell unterstützt werden.

- **Ausreichende Finanzierung von Projekten:** Projekte in Produktionsländern müssen langfristig angelegt und ausreichend finanziert sein, um strukturelle Veränderungen zu erreichen und erfolgreiche Ansätze in die Breite zu tragen.
- **Aktive Rolle der Unternehmen:** Unternehmen müssen sich nicht nur am Dialog beteiligen, sondern Projekte aktiv (auch finanziell!) unterstützen, ihre Einkaufspraktiken verändern und Verantwortung für Verbesserungen in ihren Lieferketten übernehmen.
- **Klare menschenrechtliche und ökologische Ambition:** Themen wie existenzsichernde Löhne, Gewerkschaftsfreiheit, Geschlechtergerechtigkeit, wirksame Beschwerdemechanismen sowie Umwelt- und Klimaschutz, z.B. im Chemikalienmanagement, müssen weiterhin zentrale Themen der Zusammenarbeit bleiben.

Fazit

Das DST wird sich daran messen lassen müssen, ob es gelingt, über Dialog hinaus konkrete Verbesserungen in den Produktionsländern zu erreichen. Unternehmen haben dafür den größten Hebel und stehen in der Verantwortung, sich aktiv zu beteiligen, Transparenz zu schaffen, Projekte zu finanzieren und ihre Einkaufspraktiken zu verändern. Nur wenn Dialog mit verbindlichen Zielen, Transparenz und konkreten Maßnahmen verbunden wird, kann das DST zu einem wirksamen Instrument für bessere Arbeits- und Umweltbedingungen in globalen Lieferketten werden.



April 2026, Vertreter*innen der Zivilgesellschaft

Hrsg. FEMNET, INKOTA-netzwerk, HEJSupport, SÜDWIND-Institut